

Meinungsklima Kernenergie

(September 2017)

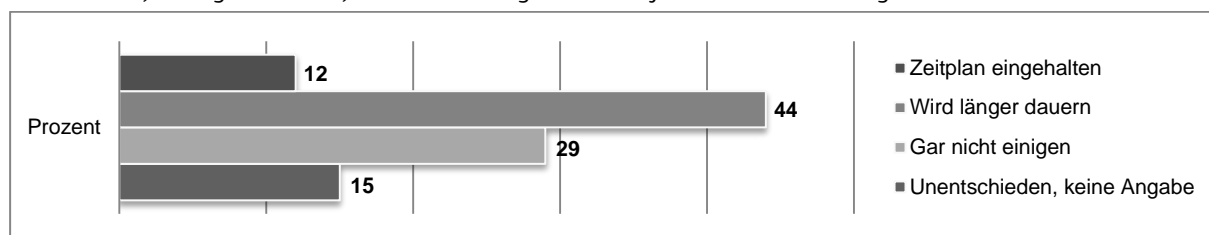
Im Auftrag des DATF hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Im Mittelpunkt der Studie standen Fragen zur **Endlagerung** hochradioaktiver Abfälle wie auch zur kerntechnischen **Forschung** in Deutschland und zum **Export** kerntechnischer Produkte.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.421 Face-to-Face-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 4. und 17. August 2017 durchgeführt.

1 Erwartungshaltung und Wissensstand bei der Frage der Entsorgung

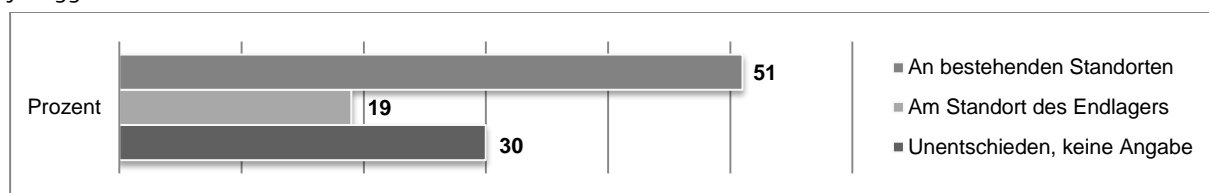
Skepsis gegenüber dem offiziellen Zeitplan: Lediglich 12 Prozent der Befragten glauben daran, dass der im Standortauswahlgesetz aus dem Jahr 2017 vorgegebene Zeitrahmen, sich bis zum Jahr 2031 auf einen Standort zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu einigen, auch tatsächlich eingehalten wird. Rund ein Drittel geht sogar davon aus, dass es zu keiner Einigung kommen wird.

Frage: „Vor Kurzem hat man sich darauf verständigt, dass bis zum Jahr 2031 in Deutschland ein Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken gefunden sein soll. Glauben Sie, dass dieser Zeitplan eingehalten wird und bis 2031 ein Standort für ein Endlager feststeht, oder vermuten Sie, dass die Suche länger dauern wird, oder glauben Sie, dass man sich gar nicht auf einen Standort einigen wird?“



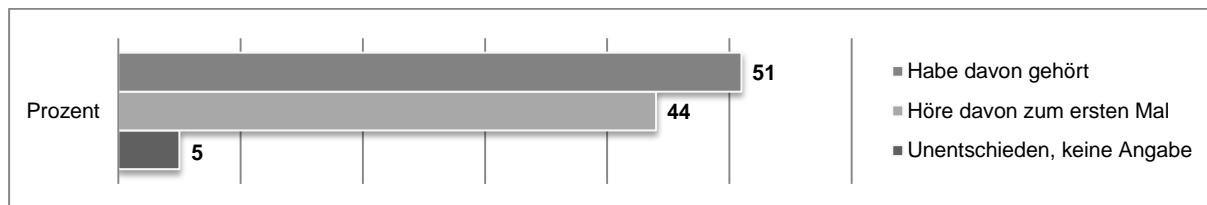
Hohe Zustimmung für die Nutzung vorhandener Standorte: Eine Mehrheit von 51 Prozent plädiert für die Nutzung bestehender Standorte zur Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle bis ein Endlager fertiggestellt ist. Nur 19 Prozent der Befragten befürworten eine zentrale Zwischenlagerung am Standort des zu errichtenden Endlagers.

Frage: „Für hochradioaktive Abfälle gibt es in Deutschland bislang noch keine Endlagerstätte. Wo sollte man Ihrer Meinung nach die hochradioaktiven Abfälle bis zur Fertigstellung eines Endlagers aufbewahren: Wie bisher an den bestehenden Standorten der Kernkraftwerke, oder sollte man am Standort des Endlagers, sobald dieser feststeht, ein Zwischenlager errichten und die hochradioaktiven Abfälle dort aufbewahren, bis das Endlager fertiggestellt ist?“



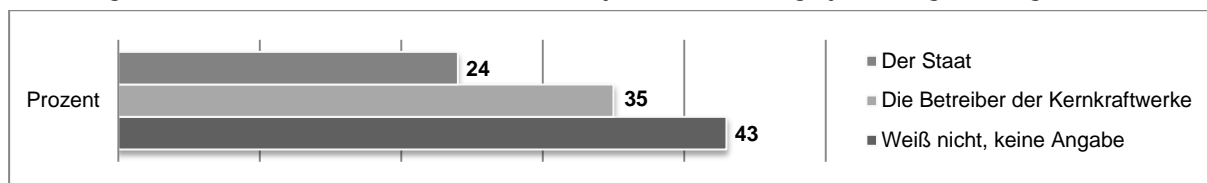
Keine umfassende Kenntnis von der Neuregelung der Zuständigkeiten: Jeder Zweite der befragten Teilmenge gibt an, von der Neuregelung der Zuständigkeiten für die Zwischen- und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gehört zu haben. 44 Prozent der Befragten hatten zum Zeitpunkt der Befragung keine Kenntnis davon.

Frage: „Vor Kurzem ist entschieden worden, dass der Staat allein für die Zwischen- und Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle in Deutschland zuständig ist. Die Betreiber der Kernkraftwerke, also die großen Energieversorger, haben dem Staat dafür Geld zur Verfügung gestellt. Haben Sie von dieser Regelung gehört, oder hören Sie davon zum ersten Mal?“

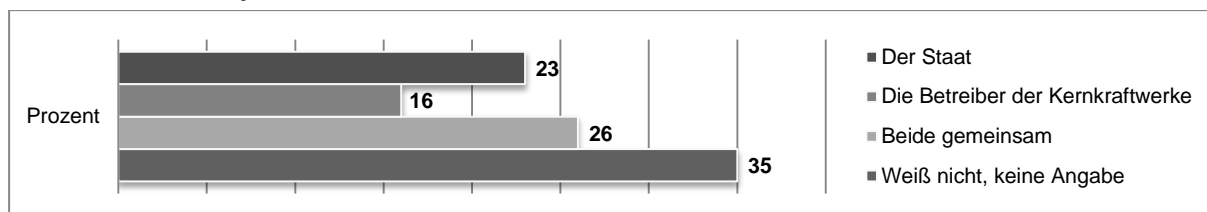


Bedingte Kenntnisse hinsichtlich der Verteilung von Zuständigkeiten und Kosten: Knapp ein Viertel der anderen Hälfte der Befragten antwortet korrekt auf die Frage, wer für die Zwischen- und Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle in Deutschland zuständig ist. Bei der Frage, wer die Kosten dafür trägt, kann eine relative Mehrheit von 35 Prozent derselben Teilmenge hierzu keine Antwort geben.

Frage: „Wissen Sie zufällig, wer in Deutschland dafür zuständig ist, die radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken zu entsorgen: Der Staat oder die Betreiber der Kernkraftwerke, also die großen Energieversorger?“



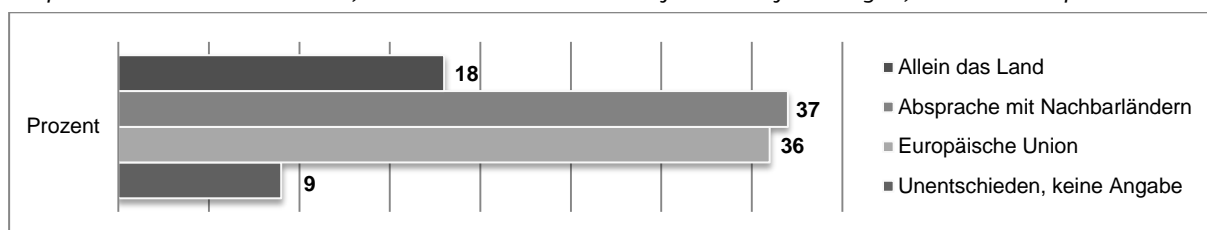
Frage: „Wissen Sie, wer die Kosten für die Entsorgung der hochradioaktiven Abfälle trägt: Der Staat oder die Betreiber der Kernkraftwerke?“



2 Wunsch nach mehr zwischenstaatlicher Absprache bzw. europäischer Kompetenz beim Betrieb von Kernkraftwerken

Mehrheit für internationale Lösungen beim Weiterbetrieb von Kernkraftwerken: Die Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, dass Kernkraftwerke-betreibende Länder innerhalb der Europäischen Union nicht allein über die Zukunft ihrer Anlagen entscheiden sollten. 37 Prozent halten es demnach für richtig, die Entscheidung darüber in Absprache mit den jeweiligen Nachbarländern zu treffen. 36 Prozent sind der Meinung, dass die EU darüber entscheiden sollte.

Frage: „Wer sollte Ihrer Meinung nach zukünftig darüber entscheiden, ob Kernkraftwerke in EU-Ländern abgeschaltet oder weiter betrieben werden? Allein das Land, in dem das Kernkraftwerk liegt, oder dieses Land in Absprache mit Nachbarländern, die nicht weit vom Kernkraftwerk entfernt liegen, oder die Europäische Union?“



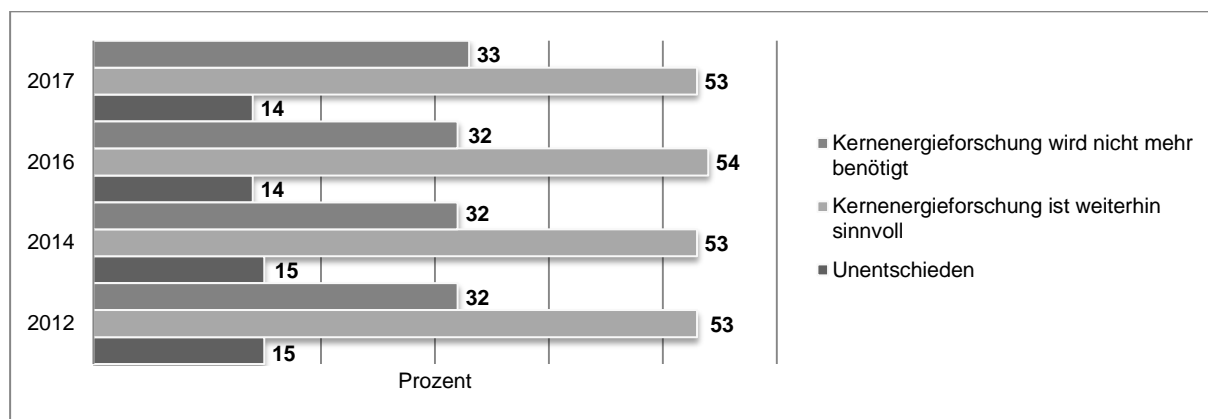
3 Einstellung zur Kernenergieforschung und zum Export kerntechnischer Produkte und Dienstleistungen

Meinungsbild zur Kernenergieforschung in Deutschland seit Jahren stabil: 53 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass Deutschland weiterhin auf diesem Gebiet forschen soll.

Frage: „Hier unterhalten sich zwei darüber, ob Deutschland zukünftig weiter im Bereich der Kernenergie zur Stromerzeugung forschen soll oder nicht. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken: der Obere oder der Untere?“

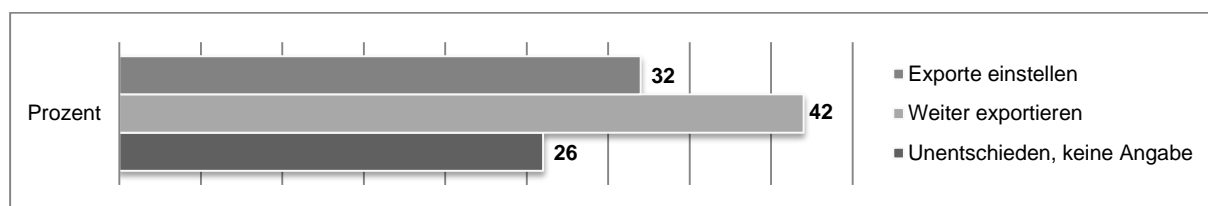
Der Obere: 'Ich fände es sinnvoll, wenn Deutschland nicht weiter im Bereich der Kernenergie forscht. Da Deutschland beschlossen hat, aus der Kernenergie auszusteigen, brauchen wir auf diesem Gebiet auch keine Forschung mehr.'

Der Untere: 'Das sehe ich anders. Wenn Deutschland keine Kernenergieforschung mehr betreibt, können wir auch nicht mehr mitreden, wenn es um internationale Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken geht. Daher fände ich es sinnvoll, wenn Deutschland weiter im Bereich der Kernenergie forscht.'



Relative Mehrheit für den Export kerntechnischer Produkte: 42 Prozent der Befragten befürworten eine Fortsetzung des Exports kerntechnischer Produkte und Dienstleistungen auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, während sich 32 Prozent dagegen aussprechen.

Frage: „Auch wenn Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hat, liefert es ja weiterhin kerntechnische Produkte und Dienstleistungen ins Ausland, z. B. Sicherheitstechnik für Kernkraftwerke. Was meinen Sie: Sollte Deutschland nach dem Ausstieg aus der Kernenergie den Export von kerntechnischen Produkten und Dienstleistungen ins Ausland einstellen, oder sollte Deutschland weiter kerntechnische Produkte und Dienstleistungen exportieren?“



Quelle:

Institut für Demoskopie Allensbach. Befragung im Auftrag des DATf (Deutsches Atomforum e. V.) im August 2017
 DATf, Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin, info@kernenergie.de, www.kernenergie.de